



# Bevener Zeitung

TAGESZEITUNG FÜR DIE SAMTGEMEINDEN ZEVEN, SITTENSEN, TARMSTEDT, SELSINGEN

**ER LIEBT DIE ALTEN DINGE** Horst Lichter über zehn Jahre „Bares für Rares“ ▶ Kultur

## Lokales

### Wie vor 1963: Brache Lühnenfeld

Der Teilabriss der ehemaligen Gauß-Schulen am Lühnenfeld in Zeven ist Anlass, um einen Blick in die Zevenner Schulgeschichte zu werfen. ▶ Seite 7

## Lokales

### Unmut über lange Verfahrenszeiten

Seit Monaten sind junge Flüchtlinge in Godenstedt untergebracht. Ein Bürger will nun wissen, warum nach seinem Eindruck „nichts passiert“. ▶ Seite 11

## Lokales

### Drei Zevenner Teams gewinnen



Drei Teams aus der Samtgemeinde Zeven haben die zweite Runde im Kreispokal erreicht. Neben Zeven und Oldendorf, die deutliche Siege einfuhren, gewann Steddorf mit 3:1 gegen Hipstedt. ▶ Seite 19

## Wetter

### Mix aus Sonne und Wolken, trocken

Freitag 27°    Sonnabend 24°    Sonntag 24°

Bei wechselnder Bewölkung ist es heute meist trocken.

▶ Lokales

## TV-Tipp

### Ein Liebesfilm „In den Gängen“



Christian arbeitet wie Mariön in einem eher sterilen Großmarkt. Als er sich in sie verliebt, fiebert der ganze Markt mit. ▶ 20.15 Uhr, Arte

## Bevener Zeitung

**Aboservice:** Tel.: 04281/945-666  
aboservice@zevener-zeitung.de  
**Anzeigen:** Tel.: 04281/945-0  
anzeigenannahme@zevener-zeitung.de  
**Redaktion:** Tel.: 04281/945-521  
redaktion@zevener-zeitung.de



## Hohe Auflagen für die Züchter

Die Kaninchenzucht steht vor schweren Zeiten. Denn in Sachen Tierschutz gibt es immer mehr Auflagen. Auflagen, die kaum noch umzusetzen sind. Doch Gert Dölling, Züchter aus Bremervörde, hat die Hoffnung auf eine Zukunft der Vereine noch nicht aufgegeben. Für ihn ist die Zucht mehr als nur ein Hobby: Es ist seine Passion. Foto: Weigl

▶ Lokales

## Klimageld nicht vor 2025

Regierung arbeitet an Entlastung von Bürgern für den weiter steigenden CO<sub>2</sub>-Preis

**Berlin.** Voraussichtlich ab 2025 soll klar sein, wie die Bürger über ein „Klimageld“ vom sogenannten CO<sub>2</sub>-Preis entlastet werden. Dass es eine solche Entlastung geben soll, hatten SPD, Grüne und FDP im Grundsatz bereits im Koalitionsvertrag festgelegt.

„Sobald dieser Auszahlungsweg anwendbar ist, muss grundsätzlich neu über die Verwendung der Einnahmen entschieden werden“, hieß es am Donnerstag aus Kreisen des Finanzministeriums mit Blick auf den CO<sub>2</sub>-Preis, den Verbraucher seit 2021 für das Tanken und Heizen mit fossilen Brennstoffen bezahlen müssen. Aktuell liegt er bei 30 Euro pro Tonne, in den nächsten Jahren soll er schrittweise angehoben werden. Allerdings zunächst nicht so stark, wie ursprünglich geplant. Bei allen klimapolitischen Ambitionen müsse die

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gewährleistet sein, hieß es aus dem Bundesfinanzministerium.

Das Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds für Investitionen in den Klimaschutz speist sich unter anderem aus Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Be-

preisung. Über das „Klimageld“ sollen die Bürger entlastet und Anreize zum Sparen gesetzt werden.

An den Plänen gibt es Kritik. So sagte CSU-Generalsekretär Martin Huber: „In der Inflation den CO<sub>2</sub>-Preis zu erhöhen, ist wirtschaftliches Harakiri. Wäh-

rend weltweit die Wirtschaft mit massiven Programmen geboostet wird, macht die Ampel im Alleingang Deutschland zum Teuer-Land.“ Es seien sofort Entlastungen für die Bürger notwendig. Der Vorsitzende des Klimaausschusses im Bundestag, Klaus Ernst (Linke), sprach von einer „Katastrophenpolitik“.

Aus Kreisen des Finanzministeriums von Ressortchef Christian Lindner (FDP) hieß es, es sei ein Anliegen des Ministeriums gewesen, mit 40 Euro pro Tonne für 2024 eine „maßvolle Lösung“ zu finden. Innerhalb der Koalition sei zuvor ein höherer Preis gefordert worden. Die Große Koalition bleibe damit unter dem ursprünglich festgelegten Preis von 45 Euro. „In einer Phase der Wachstumsschwäche dürfen wir Menschen und Betriebe nicht überfordern“, hieß es. Auch künftig werde das Ministerium darauf achten, dass es nicht zu übermäßigen Erhöhungen komme. (dpa/oe) (dpa/oe)

## Stromerzeugung auf See

▶ Die Bundesnetzagentur hat für vier weitere Flächen in der Nordsee in einem Gebotsverfahren das Recht vergeben, Windparks mit einer Leistung von insgesamt 1.800 Megawatt zu errichten. Erlöst worden seien 784 Millionen Euro. Das Geld soll zu 90 Prozent in die Stromkostensenkung und zu jeweils fünf Prozent in den Meeresschutz sowie die Förderung einer umweltschonenden Fischerei fließen.

▶ Alle vier Flächen sind bereits

vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) untersucht worden etwa in Sachen Meeresumwelt oder Baugrund. Die Inbetriebnahme der Windparks ist laut Bundesnetzagentur für 2028 vorgesehen.

▶ Erstmals gab es bei diesen vier Flächen ein Gebotsverfahren mit sogenannten qualitativen Kriterien, darunter die Dekarbonisierung des Offshore-Ausbaus und der Einsatz umweltschonender Gründungstechnologien.

## Nicht noch einmal Teenager

Studie: Mehrheit der Deutschen sieht für Jugend keine schöne Zukunft

**Berlin.** Fast zwei Drittel der Erwachsenen in Deutschland finden, dass die Jugendzeit die schönste ihres Lebens war. Mit den heutigen Heranwachsenden tauschen wollen die meisten nicht, wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Studie von Meinungsforschungsinstitut Yougov und Sinus-Institut hervorgeht. Nur gut ein Drittel wäre heute gerne erneut in dem Alter. Knapp drei von fünf Befragten sind sich außerdem einig, dass heutige Teenager keine schöne Zukunft vor sich haben.

Als größte Herausforderung für die Jugend wurden der Klimawandel und die Folgen genannt. Gut die Hälfte der Befrag-

ten finden, dass jungen Menschen in der Klimadebatte mehr Gehör geschenkt werden sollte. „Auf den ersten Blick wirkt Klimawandel aktuell als Herausforderung, die vor allem den jüngeren Sorge bereitet und diese zu Protesten bewegt“, sagt Yougov-Experte Philipp Schneider. „Die Ergebnisse der Studie zeigen jedoch, dass es im Vergleich häufiger die Älteren sind, die den Klimawandel und dessen Folgen für die jüngeren Generationen als problematisch bewerten.“

Auch bezahlbares Wohnen, die finanzielle Absicherung im Alter, die Schere zwischen Arm und Reich und die Auswirkung

globaler Ereignisse wie Krieg und Inflation wurden häufig als zentrale Herausforderungen für die jungen Menschen genannt.

Umfrageteilnehmer zwischen 18 und 29 neigten dazu, eher beim persönlichen Wohlbefinden eine Schwierigkeit zu sehen als bei politischen oder wirtschaftlichen Fragen.

Anlässlich des Internationalen Tages der Jugend am Sonnabend, 12. August, hatten Yougov und Sinus-Institut mehr als 2.000 Menschen befragt. Nach Angaben der beiden Marktforschungsinstitute sind die Ergebnisse repräsentativ für die deutsche Bevölkerung zwischen 18 und 75 Jahren. (dpa/lit)

## Schüler-Umfrage Schlechtes WLAN nervt mehr als Lehrermangel

**Berlin.** Die technische Ausstattung der Schulen in Deutschland lässt nach Einschätzung der betroffenen Schülerinnen und Schüler trotz Milliarden-Investitionen durch den „Digitalpakt Schule“ mehr als zu wünschen übrig. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbandes Bitkom bezeichneten 87 Prozent der befragten Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren ein schlechtes oder fehlendes WLAN als dringlichstes Problem ihrer Schule - deutlich vor dem Lehrermangel mit 59 Prozent. Weiterhin beklagen sich die Schüler über eine „schlechte technische Ausstattung“. Diese wurde von mehr als der Hälfte der Befragten (56 Prozent) als eines der dringlichsten Probleme genannt. 2018 hatte die schwarzrote Bundesregierung mit dem „Digitalpakt Schule“ ein fünf Milliarden Euro schweres Förderprogramm aufgelegt. Allerdings wurden die Mittel nur zögerlich abgerufen. (dpa/skw)



## Die Lage auf Hawaii spitzt sich zu

Die Feuer auf der Hawaii-Insel Maui kommen plötzlich. Einheimische wie Touristen werden komplett überrascht. Am stärksten betroffenen ist die Küstenstadt Lahaina im Nordwesten Mauis. Und ein Ende ist im Kampf gegen die Flammen noch nicht in Sicht: Es brennt unkontrolliert weiter, die Lage spitzt sich zu. Foto: Alan Dickar/AP/dpa

▶ D. und die Welt